Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Herbert Anderl, Sektionschef Mathias Vogl, FIV-Präsidentin Heidrun Strohmeyer, BAA-Direktor Wolfgang Taucher.

Innenministerin Johanna Mikl-Leitner beim 88. Themenforum des Führungsforums Innovative Verwaltung (FIV): „Das Innenministerium bezeichnet sich gerne als Reformministerium."

Zeit der Neustrukturierungen

Das Innenministerium präsentierte am 20. Juni 2012 Führungskräften des öffentlichen Dienstes die Reform der Sicherheitsbehörden und des Asyl- und Fremdenwesens.

Die Verwaltung ist eine tragende Säule unserer Republik", sagte Innenministerin Mag.a Johanna Mikl-Leitner, die das 88. Themenforum des *Führungsforums Innovative Verwaltung (FIV)* in das BM.I eingeladen hatte, um die Reformvorhaben des Innenressorts im Bereich der Sicherheitsbehörden und bei der Einrichtung eines Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl vorzustellen. „Das Innenministerium bezeichnet sich gerne als Reformministerium. Ich bin froh über die gute Zusammenarbeit mit allen Beteiligten, vor allem mit den Ländern, und ich bin stolz auf die Leistungen der Verwaltungsbeamten", betonte Mikl-Leitner.

Hochrangige Mitglieder des Führungsforums, einer 1999 gegründeten Vereinigung von Führungskräften des öffentlichen Dienstes aus Bund, Ländern und Gemeinden, verfolgten die Präsentationen von Dr. Herbert Anderl, Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, und Mag. Wolfgang Taucher, Direktor des Bundesasylamtes.

Reformen des Sicherheitswesens. Generaldirektor Anderl erläuterte die vielseitigen Reformen des Sicherheitswesens in den vergangenen zehn Jahren: Sondereinheiten wurden zum Einsatzkommando Cobra zusammengeführt, die Sicherheitsakademie, das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung wurden geschaffen und mit 1. Juli 2005 entstand aus der Bundesgendarmerie, der Bundessicherheitswache und dem Kriminalbeamtenkorps der neue Wachkörper Bundespolizei. Das fehlende Anschlussstück stellte eine Neugliederung der Sicherheitsbehörden dar: „Die jetzige Reform ist die größte Verwaltungsreform im Bundesbereich", erklärte Anderl. Aufgrund der ab 1. Jänner 2013 umzusetzenden Haushaltsrechtsreform des Bundes, der Einführung einer neuen Verwaltungsgerichtsbarkeit und der Errichtung eines neuen Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl mit 2014 war eine Neuordnung der sicherheitsbehördlichen Führung unabdingbar geworden. Ziele des im November 2011 gestarteten Projekts „Landespolizeidirektionen (LPD)" waren eine schlankere Führungsstruktur, eine Verminderung von Schnittstellen, die Einrichtung von zentralen und serviceorientierten Anlaufstellen für Bürger und durchgängige Karrieremöglichkeiten.

An Stelle von 31 Behördenleitern in Sicherheitsdirektionen, Bundespolizeidirektionen und Landespolizeikommandos wird es zukünftig nur noch neun Leiter geben – die Landespolizeidirektoren. Pro LPD wird ein Detailbudget verwaltet. Der Instanzenzug wird zu den LPDs und zukünftig zu den neuen Verwaltungsgerichten laufen. Die Struktur der Bezirks- bzw. Stadtpolizeikommanden und Polizeiinspektionen wird sich nicht verändern, ebenso wenig die sicherheitsbehördlichen Strukturen der Bezirkshauptmannschaften und Statutarstädte.

„Die Reform betrifft nur die Bundesbehörden, die Strukturen vor Ort bleiben gleich", sagte der Generaldirektor. 450 Bedienstete seien von der Neustrukturierung unmittelbar betroffen. „Es wird aber keine Stelle eingespart, sondern es geht nur um den effizienteren Einsatz des Personals", unterstrich Anderl.

Sektionschef Dr. Mathias Vogl, Leiter der Rechtssektion im BM.I, ergänzte, dass schon 1990 ein Bericht des Beratungsunternehmens „TC Consult" die Reduzierung der Sicherheitsbehörden auf eine Spitze pro Bundesland empfohlen habe. „22 Jahre später ist es endlich gelungen, die notwendigen Verfassungsgesetze und einfachen Gesetze zu beschließen."

Einheitliches Bundesamt. Mag. Wolfgang Taucher, Direktor des Bundesasylamtes, skizzierte die Herausforderungen für Asyl- und Migrationsbehörden in der Europäischen Union: Menschen kämen immer öfter aus ganz unterschiedlichen Motiven nach Österreich, man bezeichne dies als „gemischte Migrationsströme". Daher sei die momentane Behandlung von Mi-

Fotos: Egon Weissheimer

gration in ganz unterschiedlichen Behörden schwierig und langwierig; eine neue, gemeinsame Behörde könne dynamisch und vernetzt auf die komplexen Phänomene reagieren. „Effektive und qualitative Verfahren mit einheitlichem Vollzug und Steuerung bringen Vorhersehbarkeit für alle Stakeholder“, sagte Taucher.

Das Großreformprojekt zur Schaffung eines neuen Bundesamtes begann mit einem Beschluss des Ministerrates am 19. Oktober 2010. Ein Jahr später einigte sich die Bundesregierung mit den Landeshauptleuten auf ein gemeinsames Konzept. „Länder und Bezirksverwaltungsbehörden werden Kompetenzen an das Bundesamt abtreten, um diese dort zu konzentrieren. In diesem Projekt steckt daher viel verwaltungsreformatorischer Geist“, unterstrich der Direktor des Bundesasylamtes. Seine Behörde wird mit 1. Jänner 2014 im neuen Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) aufgehen, womit neben Asyl weitere Kompetenzen im BFA gebündelt werden. So werden auch die Zuständigkeiten der Niederlassungs- und Aufenthaltsbehörden für die Prüfung des Aufenthaltsrechts aus berücksichtigungswürdigen Gründen und die Vollziehung des Fremdenpolizeigesetzes unter das Dach des BFA wandern. Die übrigen Zuständigkeiten der Fremdenpolizei bleiben bei den Landespolizeidirektionen, der allgemeine Vollzug des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes bei den „gut geübten Landesbehörden“ im Weg der mittelbaren Bundesverwaltung.

Das neue BFA wird dem Bundesministerium für Inneres unmittelbar nachgeordnet sein – mit einer Zentrale in Wien und Regionaldirektionen in jedem Bundesland. Die Erstaufnahmestellen bleiben bestehen. „Letztendlich soll eine Entscheidung in Zukunft viele heute noch getrennt von einander laufende Fragen erfassen“, betonte Wolfgang Taucher. Verfahren könnten verbunden werden, die Erteilung eines Aufenthaltstitels könne in jedem Stadium des Verfahrens geprüft werden. „Damit werden wir Synergien nützen und auch der Mehrwert der neuen Verwaltungsgerichtsbarkeit ist klar erkennbar – denn in Zukunft wird es keine 20 Berufungsinstanzen mehr geben.“

Gregor Wenda

Führungsforum Innovative Verwaltung: http://www.fiv.at

Gegründet 1872
Josef Ertler
Bauspenglerei KG
SPENGLER MEISTERBETRIEB
Tel.: 01 / 712 12 81 Fax: 01 / 712 75 194
www.bauspenglerei-ertler.at
office@bauspenglerei-ertler.at
Durchführung von:
Bau und Galanteriespenglerarbeiten, Metallfassaden, Dachbeschichtungen (Dachanstrich), Flachdach- und Terrassenabdichtungsarbeiten, Kunststoffabdichtungen, Dach- und Terrassensanierungen, Reparatur und Wartungsarbeiten, Sturm-, Regen- und Schneeschaden Notdienst,

ORTHOPÄDIE
ISO-zertifiziert nach EN 9001/2008
ORTHOPÄDIE JOSEFSTADT
Orthopädie und orthopädische Chirurgie
stationär oder ambulant im eigenen OP-Saal
Primarius
Prof. Dr. OPPOLZER Roland
Kinder und Säuglinge
Physiotherapie inkl. Powerplate
ZENTRUM FÜR WIRBELSÄULENTHERAPIE UND PRÄVENTION
GELENKSERHALT GELENKSERSATZ FUSSZENTRUM
WIEN VIII., LERCHENGASSE 13 A – TEL.: 01/408 46 46
www.orthopaedie-josefstadt.at • ordination@oppolzer.org

Gerhard DUCHON KG
Partner der gdk Unternehmensgruppe
Buchhaltungskanzlei
Betriebsberatung
Personalverrechnungskanzlei
Bildungsmanagement
http://www.gdk.at eMail: info@gdk.at
Linzerstraße 396, Top 8, 1146 Wien
Tel. 01/9142 400 Fax 01/9142 400-60

bernhard-av
audio-visual systems
Steingasse 10-14 • 1030 Wien
Tel: +43 1 799 45 70
office@bernhard-av.com • www.bernhard-av.com

DER SCHMID
IHR KOMPETENTER KFZ-FACHBETRIEB
Inh. Wolfgang Schmid
Drittelweg 1
2442 Unterwaltersdorf
Tel.: 02254 / 73 643
Fax: 02254 / 76 201
office@derschmid.at • www.derschmid.at